

"Neue Weltwirtschaftsordnung"

VERÄNDERUNGEN FÜR DIE DRITTE WELT?

H. Heyne

dw/wir/1/101

I. Das Konzept der „Neuen Weltwirtschaftsordnung“

(...) Ausgelöst durch die (scheinbare) Umschichtung von Macht und Reichtum durch die „Ölkrise“ 1973 ist das Verlangen von Regierungsvertretern aus den Entwicklungsländern nach einer gerechteren Gestaltung der sozio-ökonomischen Beziehungen innerhalb des Weltwirtschafts-systems inzwischen lauter geworden. Die augenblickliche entwicklungspolitische Diskussion wird daher von dem Schlagwort „Neue Weltwirtschaftsordnung“ bestimmt. (...)

Was genau verbirgt sich hinter dem Slogan „Neue Weltwirtschaftsordnung“? Wie sind die einzelnen Vorschläge und Diskussionen darüber kritisch einzuordnen?

a. Blockbildung innerhalb der UNCTAD

Zunächst einmal kann von einem Konflikt zwischen DEN Entwicklungsländern und DEN Industrieländern nicht gesprochen werden. Hinter den einzelnen Forderungen und Gegenpositionen auf UNCTAD IV stehen handfeste politische und wirtschaftliche Interessen, die zu einer viel differenzierteren Blockbildung geführt haben. Zum Beispiel haben ölexportierende und ölimportierende Entwicklungsländer in bezug auf die Ölpreisentwicklung widersprüchliche Interessen, was auch für andere auf dem Weltmarkt gehandelte Produkte zutreffen kann.

Bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die neue Weltwirtschaftsordnung tun sich insbesondere BRD und USA

als Streiter gegen jegliche Änderung des jetzigen Systems hervor, von dem sie ja auch am meisten profitieren. Während es für die Vertreter der BRD in Nairobi vornehmlich um die Alternative „freie Marktwirtschaft“ oder „dirigistische Misswirtschaft“ ging, hielten die USA wenigstens eine Art Gegenstrategie bereit (den sogenannten Kissinger-Plan), die mit einer Fülle von Einzelmaßnahmen aufwartete, um die Ansprüche der Politiker aus der Dritten Welt zurückzuschrauben. Die anfänglich strikt ablehnende Haltung der meisten Industrieländer hatte überhaupt erst bewirkt, daß die Regierungen vieler Entwicklungsländer mit unterschiedlichen Interessen sich zu einer Einheit gegenüber den „reichen Ländern“ zusammenschlossen. (...)

Wenn nun im folgenden näher auf die Neue Weltwirtschaftsordnung eingegangen werden soll, so ist vorzuschicken, daß sich gleiche Forderungen durchaus nicht immer auf dieselben Motive zurückführen lassen, von daher also nur schlecht Rückschlüsse gezogen werden können auf den „Entwicklungsweg“, der damit eingeschlagen werden soll. So kann die Forderung nach Stabilisierung und Erhöhung der Rohstoffpreise sowohl vom Verlangen nationaler Eliten nach erhöhten Exportprofitten bestimmt sein (z.B. Brasilien) als auch der Beschaffung von Devisen dienen, die ein rohstoffarmes Land mit sozialistischer Entwicklungsstrategie benötigt (z.B. Tansania).

b. Ziel der „Neuen Weltwirtschaftsordnung“: Gerechtere Austauschverhältnisse auf dem Weltmarkt
(...)

Im Kern bezieht sich die Neue Weltwirtschaftsordnung lediglich auf den Komplex Rohstoffe und allgemeiner Handel zwischen westlichen Metropolen und Peripherien in der Dritten Welt.

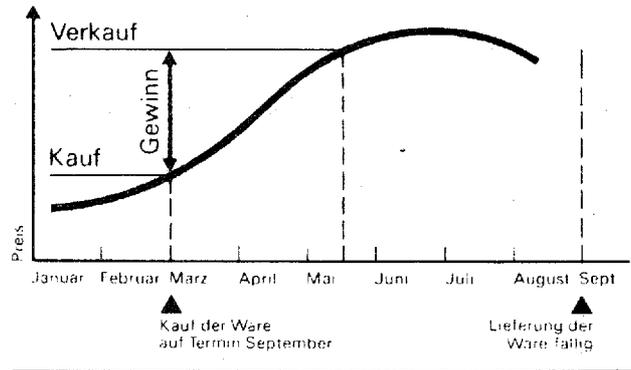
Für die meisten Entwicklungsländer ist als koloniales Erbe u.a. eine Exportabhängigkeit von meist nur wenigen mineralischen oder landwirtschaftlichen Rohstoffen zurückgeblieben, die wesentlich niedrigere Handelsgewinne abwerfen als verarbeitete Produkte. Die meisten dieser unverarbeiteten Produkte unterliegen dem Diktat der Rohstoffbörsen in London und New-York, wo es – gesteuert von Terminmarktspekulationen – zu Preisschwankungen von bis zu tausend Prozent kommt (vgl. Schaubild „Wie die Spekulation funktioniert“). Weil die dadurch bedingten Schwankungen ihrer Einnahmen eine längerfristige Wirtschaftsplanung unmöglich machen, wollen viele Entwicklungsländer ihre Exporterlöse auf höherem Niveau stabilisieren; höhere und sichere Preise für ihre Exportprodukte würden den Entwicklungsländern ermöglichen, mehr Investitionsgüter aus den Industrieländern zu importieren. Das Verhältnis der Preise der exportierten Rohstoffe zu den Preisen der importierten Industriegüter (Austauschverhältnis bzw. „terms of trade“) hat sich in den letzten 25 Jahren für die Entwicklungsländer verschlechtert, so daß sie für ihre Exporte immer weniger Investitionsgüter kaufen konnten. (...)

Eine Gefahr der Neuen Weltwirtschaftsordnung liegt darin, daß gerechtere Austauschverhältnisse auf dem kapitalistischen Weltmarkt zu einer Stabilisierung der gegenwärtigen internationalen Arbeitsteilung führen können. Die Spezialisierung der Entwicklungsländer auf Rohstoffe und Agrarprodukte ist nämlich nicht naturgegeben und unüberwindbar, sondern das historische Produkt jahrhundertelanger Fremdbestimmung durch die jetzigen Industriegesellschaf-

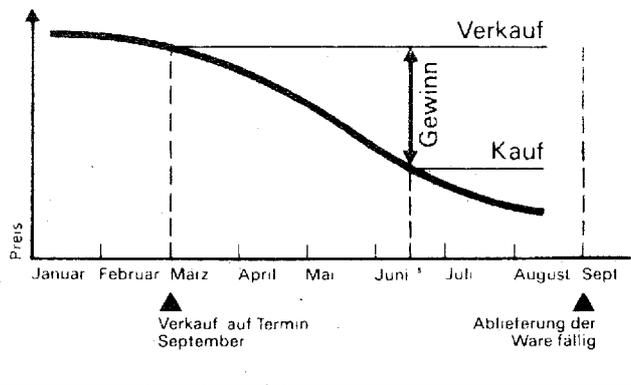
Wie die Spekulation funktioniert

Gewinnabschöpfung bei Rohwarentermingeschäften (schematisch)

Spekulation wenn Preis steigt



Spekulation wenn Preis fällt



ten: Vor der Kolonialisierung bestand in der Dritten Welt eine Landwirtschaft, die auf die Versorgung der einheimischen Bevölkerung ausgerichtet war. Um unter Ausnutzung der günstigen natürlichen Bedingungen und der extrem billigen Arbeitskraft hohe Profite zu erwirtschaften, wurde von den Kolonialmächten die traditionelle Landwirtschaft weitgehend kaputtgemacht und stattdessen Monokulturen errichtet, deren Produkte ausschließlich für den europäischen Markt bestimmt waren („Kolonialwaren“ wie Kaffee, Baumwolle, Sisal, Naturgummi usw.). Wenn sich die unterentwickelten Länder aufgrund günstigerer Austauschbedingungen auf dem Weltmarkt weiterhin auf lange Sicht auf solche Produkte spezialisieren, muß das also durchaus nicht den Bedürfnissen ihrer eigenen Bevölkerung entsprechen. Nur wenn die günstigeren Handelsbedingungen während eines bewußt als Übergangsphase verstandenen Zeitraums als Voraussetzungen für eine durchgreifende Veränderung der kolonialen Wirtschaftsstruktur genutzt werden, können sie langfristig den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung in den unterentwickelten Ländern gerecht werden.

c. Hauptinstrument der „Neuen Weltwirtschaftsordnung“: Integriertes Rohstoffprogramm

In der Argumentation vieler Regierungsvertreter soll ein „gerechtes Exporteinkommen“ die Möglichkeit bieten, lang-

fristigen Entwicklungsplänen eine gesicherte Grundlage zu verschaffen. Als ein Instrument hierzu wird dabei der Zusammenschluß zu Produzentenkartellen diskutiert. Jedoch scheint das Beispiel der OPEC (Zusammenschluß der ölexportierenden Länder) in anderen Bereichen kaum wiederholbar zu sein. (...)

Anstelle von Produzentenkartellen stand deshalb auf der UNCTAD-Konferenz auch das sogenannte „Integrierte Rohstoffprogramm“ (auch Corea-Plan, nach dem Unctad-Generalsekretär) im Vordergrund. Dieser Plan sieht ein ganzes Paket von sich gegenseitig unterstützenden Maßnahmen für eine Reihe von Rohstoffen vor, um Preise, Produktion und Absatz zu stabilisieren. Im einzelnen sieht das Integrierte Rohstoffprogramm, das jetzt etwa noch 10 der wichtigsten Produkte umfassen soll, folgende Maßnahmen vor:

1. Ausgleichslager („bufferstocks“) als Puffer für Produktions- und Nachfrageschwankungen; sie sollen gemeinsam finanziert werden (Kosten etwa 30 Mrd. DM).
2. Direkte Liefer- und Abnahmegarantien der beteiligten Länder (Ausschaltung der Börsenspekulation).

3. Schaffung eines Finanzierungsfonds zur Sicherung stabilerer Exporteinnahmen.
 4. Produktionsverbreiterung (Produktion mehrerer Rohstoffe, „horizontale Diversifizierung“) in den Produzentenländern.
 5. Bindung der Rohstoffpreise an die Preisentwicklung für die von den Entwicklungsländern importierten Industriegüter („Indexierung“).
- Dieses Rohstoffprogramm ist der Hauptgegenstand der Kontroverse um eine neue Weltwirtschaftsordnung. Es wird von den meisten Industrieländern bekämpft unter Hinweis darauf, daß das „freie Spiel der Marktkräfte“ ausgeschaltet würde und außerdem nur Überproduktionen gefördert würden, mit der Konsequenz, eine ganze Reihe von Überschüßlagern ähnlich den EWG-Bergen subventionieren zu müssen: eine Befürchtung, die begründet ist, wenn mit den internationalen Preisregelungen keine entsprechende Produktionsplanung verbunden wird. Wie sich die „freien Kräfte auf den Weltmärkten“ bei den gegebenen extremen Ungleichgewichten von Wirtschaftsmacht auswirken, braucht

DIE ERKLÄRUNG VON COCOYOC (Auszüge)

Verabschiedet von den Teilnehmern des UNEP/UNCTAD-Symposiums über Rohstoffnutzung, Umweltschutz und Entwicklung, das in der Zeit vom 8. – 12. Oktober 1974 in Cocoyoc, Mexiko, stattfand.

1. Ziel und Zweck von Entwicklung

(...)

Wir befinden uns noch in einem Stadium, wo das Hauptanliegen der Entwicklung ist, wie weit die elementaren Bedürfnisse der ärmsten Teile in der Gesellschaft, die bis zu 40 % der Bevölkerung ausmachen können, befriedigt werden können. Hauptziel des wirtschaftlichen Wachstums sollte es sein, die Verbesserung der Lebensbedingungen dieser Gruppen sicherzustellen. Ein Wachstumsprozeß, der nur der wohlhabenden Minderheit nutzt und die Gefälle zwischen den Ländern und innerhalb der Länder noch vergrößert, ist keine Entwicklung. Es handelt sich vielmehr um Ausbeutung. (...)

Des-
halb verwerfen wir den Gedanken: Erst Wachstum, – Gerechtigkeit bei der Verteilung des Nutzens später.

Entwicklung soll sich nicht auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen beschränken. Es gibt noch andere Bedürfnisse, andere Ziele, andere Werte. Entwicklung heißt auch Freiheit der Meinung und deren freie Weitergabe, auch das Recht, Ideen und Anregungen zu geben und zu erhalten. Es besteht ein tiefes soziales Bedürfnis, an der Gestaltung der Grundlagen seiner eigenen Existenz mitzuwirken und einen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft der Welt zu leisten. Vor allem aber heißt Entwicklung auch Recht auf Arbeit, womit wir nicht nur meinen, einen Broterwerb zu haben, sondern Selbstverwirklichung in der Arbeit zu finden, das Recht nicht veräußert zu werden durch Produktionsprozesse, die Menschen nur als Werkzeug benutzen.

2. Die Verschiedenheit der Entwicklung

Viele dieser mehr als materiellen Bedürfnisse, Ziele und Werte hängen von der Befriedigung der Elementarbedürfnisse ab, die unsere Hauptsorge sind. Noch besteht keine Über-

einstimmung darüber, welche Strategien zu verfolgen sind, um zur Befriedigung der Elementarbedürfnisse zu kommen. Es gibt aber einige gute Beispiele auch unter armen Ländern. Sie zeigen, daß der Ausgangspunkt für den Entwicklungsprozeß sich von Land zu Land aus historischen, kulturellen und anderen Gründen beträchtlich verändert. Folglich unterstreichen wir die Notwendigkeit, viele verschiedene Wege zur Entwicklung zu verfolgen. Wir verwerfen die Ansicht von einem Wege, die unter Entwicklung wesentlich und zwangsläufig das Bemühen versteht, das historische Beispiel der Länder nachzuahmen, die aus verschiedenen Gründen heute reich sind. Aus dem gleichen Grunde verwerfen wir auch den Begriff von den „Lücken“ in der Entwicklung. Ziel ist nicht, „aufzuholen“, sondern Lebensqualität für alle zu sichern mit einer Produktionsgrundlage, die mit den Bedürfnissen zukünftiger Generationen vereinbar ist.

Wir haben von der Mindestbefriedigung von Elementarbedürfnissen gesprochen. Es gibt aber auch ein Höchstniveau, es gibt oberste und unterste Grenzen. Der Mensch muß essen, um zu leben. Er kann sich aber auch überessen. Es nützt uns nichts, immer mehr zu produzieren und zu verbrauchen, wenn das Ergebnis ein ständig steigender Bedarf an Beruhigungsmitteln und Kliniken für Geistesgestörte ist. Und ebenso wie der Mensch nur eine beschränkte Möglichkeit hat, materielle Güter aufzunehmen, wissen wir, daß die Biosphäre eine begrenzte Belastungsfähigkeit hat. Einige Länder belasten sie in einem Maße, die in keinerlei Verhältnis zu ihrem Anteil an der Weltbevölkerung steht. So schaffen sie Entwicklungsprobleme für andere wie auch für sich selbst.

(...) Unter diesem Winkel gesehen, ist auch eine Neudefinition unserer Ziele, sind auch neue Entwicklungsstrategien, neue Lebensstile, einschließlich bescheidener Konsumstrukturen bei den Reichen notwendig. Wenn auch die erste Priorität dahin geht, das Minimum zu sichern, sollten wir doch nach Entwicklungsstrategien suchen, die auch den wohlhabenden Ländern helfen können, im wohlverstandenen eigenen Interesse menschliche Lebensstrukturen zu finden, die die Natur, den Nächsten und einen selbst weniger ausbeuten. (...)

hier wohl nicht mehr erläutert zu werden (...). Wichtig ist, daß das Rohstoffprogramm (anders als die EG-Marktordnung) Maßnahmen vorsieht, die die Bildung von teuren „Rohstoffbergen“ zumindest unwahrscheinlich machen (Produktionsbeschränkungen, Preis- und Lagerhöchstgrenzen). Außerdem ist eine Ausgleichsfinanzierung zur Stabilisierung der Exporterlöse (Punkt 3) schon in abgewandelter Form zwischen der EG und den AKP-Staaten im Rahmen der Lomé-Konvention in Kraft (AKP = afrikanische, karibische und pazifische Staaten). So hat man sich denn auch in Nairobi zumindest auf einen derartigen Ausgleichsfonds einigen können.

Ein anderes Argument der Industrieländer bezieht sich auf die Maßnahme der Indexierung: es wird eingewendet, daß sie die weltweite Inflation anheizen würde. Dem ist entgegenzuhalten, daß einerseits der Kostenanteil für Rohstoffe aus der Dritten Welt relativ begrenzt ist – jedenfalls wesentlich geringer als für den Hauptenergieträger Öl. Andererseits mutet dieses Argument den Entwicklungsländern zu, die Folgen der Inflation in den Industrieländern ohne Entschädigung zu tragen.

d. Instrument der „Neuen Weltwirtschaftsordnung“: Förderung der Weiterverarbeitung von Rohstoffen (Vertikale Diversifizierung)

Ein weiterer Hauptbestandteil der Neuen Weltwirtschaftsordnung betrifft den Handel mit Fertigwaren. Hier wurde von der UNCTAD seit jeher eine Liberalisierung des Welt Handels gefordert, d.h. freierer Zugang für verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern auf die Märkte der Industrieländer mit dem Ziel, die industrielle Entwicklung in der Dritten Welt zu fördern. Bezeichnend für den ideologischen Charakter der Argumentation der Industrieländer ist, daß sie, die das Integrierte Rohstoffprogramm gerade mit dem Hinweis auf das „freie Spiel der Marktkräfte“ ablehnen, auf die Schutzzölle für ihre eigenen Produkte (z.B. Textilien) nicht verzichten wollen.

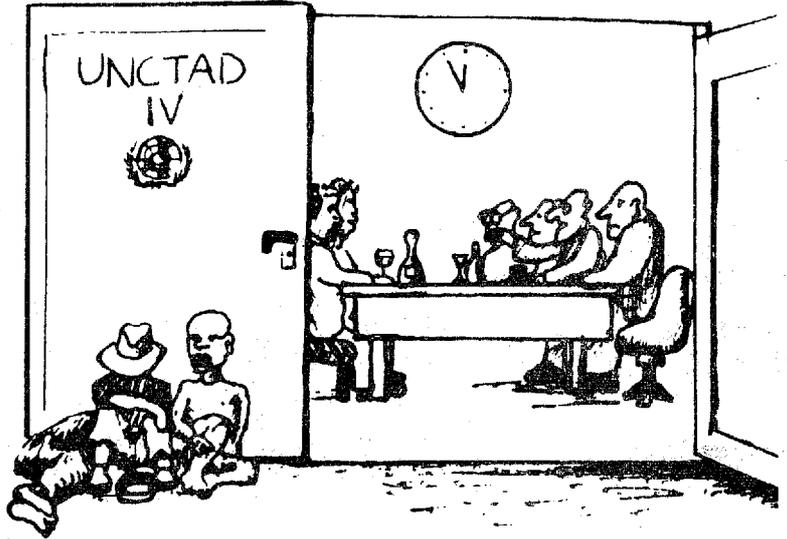
Zwei Tendenzen sollen hier den Hintergrund verdeutlichen. Einmal haben die bisherigen Ergebnisse gezeigt, daß Vorzugszölle für Fertigwaren aus Entwicklungsländern nur für wenige Länder von Vorteil waren (z.B. Hongkong und Korea. ...)

Andererseits sind von dieser Regelung die sogenannten „sensiblen“ Produkte, für welche ein Produktionsinteresse in den Industrieländern besteht (z.B. Textilien, Schuhe) ausgenommen. Gerade in diesen Bereichen erblicken viele Entwicklungsländer aber besondere Wachstumchancen.

Bei Gewährung von Vorzugszöllen auf Fertigwaren profitieren vor allem die multinationalen Konzerne davon, noch stärker als bisher in sogenannte „Billiglohnländer“ ausweichen zu können. Sie kontrollieren in der Regel mit regional konzentrierter, kapitalintensiver Produktion den Export von Halb- und Fertigwaren vieler Entwicklungsländer.

Leichter Zugang zu den Märkten der Industrieländer kann ähnlich wie die Erhöhung und Stabilisierung der Rohstoffpreise dazu führen, daß auch die industrielle Produktion der entwicklungsgehemmten Länder weiterhin an den Bedürfnissen der Industriegesellschaften orientiert bleibt und damit die bestehende Abhängigkeit verfestigt wird. Daß dies tatsächlich häufig der Fall ist, geht daraus hervor, daß ständig die Notwendigkeit einer Übernahme der westlichen Technologie betont wird. (...)

Diese Tendenz läuft – ähnlich wie die Forderung mancher Entwicklungsländer nach eigenen multinationalen Konzernen – darauf hinaus, die westliche kapitalistische Entwicklung lediglich zu imitieren.



e. Instrument der „Neuen Weltwirtschaftsordnung“: Reform des Weltwährungssystems

Neben dem Rohstoffbereich wichtigster Punkt der Vorschläge für die Neue Weltwirtschaftsordnung in Nairobi war die Schuldenfrage. Insgesamt betragen die Schulden der Entwicklungsländer bei den Industriestaaten weit über 100 Mrd. Dollar. Wenn man bedenkt, daß von der sogenannten „Kapitalhilfe“ nach Abzug der Schuldendienste den Entwicklungsländern bestenfalls ein Viertel verbleibt, ist eine Rückzahlung der eingegangenen Verpflichtungen unter den gegebenen Verhältnissen aussichtslos. Teilweise wird daher ein allgemeiner Schuldenerlaß („Moratorium“) gefordert.

Insgesamt soll im Rahmen der Neuen Weltwirtschaftsordnung das gesamte Währungssystem mehr auf die Belange der Entwicklungsländer zugeschnitten werden. Der Fluß finanzieller Ressourcen soll ohne hemmende Auflagen weitgehend automatisiert, d.h. allgemein vertraglich geregelt und somit der bei Einzelfallentscheidungen gegebenen strengen Kontrolle durch die Industrieländer entzogen werden. Auch hier wieder dieselbe Tendenz: In der Neuen Weltwirtschaftsordnung weisen die Vertreter der Dritten Welt ausdrücklich darauf hin, daß sie auf technische und finanzielle Hilfe der kapitalistischen Industrieländer in noch stärkerem Maße zurückgreifen wollen wie bisher. Damit bejahen viele das System der kapitalistischen Weltwirtschaft als ganzes, streben aber innerhalb dieses Systems größere Mitbestimmungs- und Kontrollrechte an. Hierbei muß allerdings bedacht werden, daß die Reform des Weltwährungssystems auch für die Länder, die eine wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbständigkeit anstreben, bessere Bedingungen für ihre Entwicklungspolitik schafft.

f. Der Widerstand der Industrieländer gegen die „Neue Weltwirtschaftsordnung“

In der Gruppe der westlichen Industrieländer reichen die Positionen gegenüber der Neuen Weltwirtschaftsordnung von Zustimmung (Holland, Schweden) bis zur strikten Ablehnung (BRD, USA). (...)

Selbst wenn die Bestrebungen der meisten Entwicklungsländer insgesamt auf eine Aufrechterhaltung der bestehenden Weltwirtschaft hinauslaufen, von der die Bourgeoisien der Industrieländer am meisten profitieren, ist der Widerstand von Seiten der Industrieländer insofern erklärlich, als ja auch ein systemimmanenter Verteilungskampf ihre Privilegien zu schmälern droht. (Die Reaktion der imperialistischen Mächte ist allerdings weit härter, wenn die Regierung eines Entwicklungslandes die Unabhängigkeit vom Weltmarkt und den multinationalen Konzernen anstrebt. Vgl. etwa die ökonomischen Sanktionen gegen Chile während der Zeit der Unidad-Popular-Regierung).

g. Allgemeine Kritik am Konzept der „Neuen Weltwirtschaftsordnung“

Zunächst ist es nötig, den Gesamtumfang der möglichen Einkommensverteilung durch die Neue Weltwirtschaftsordnung zu charakterisieren. Würden alle Vorschläge durchgesetzt, beliefe sich der Einkommenstransfer auf etwa 2 Prozent des Sozialproduktes der Industrieländer und käme in dieser Größenordnung etwa der Umschichtung durch die Ölpreiserhöhung gleich. (Verteilt auf alle Entwicklungsländer ist das außerordentlich wenig).

Kurz gefaßt läßt sich die Neue Weltwirtschaftsordnung auf folgende Formel bringen: Weitere Integration der Dritten Welt in das bestehende Weltwirtschaftssystem (...).

Besonders die Erleichterung des Zugangs zu den Märkten der Industriestaaten birgt die Gefahr in sich, daß die Produktion der Dritten Welt in Zukunft noch stärker als bisher an kapitalistischen Produktions- und Konsummustern orientiert wird.

Die Bedeutung der im Rahmen der Neuen Weltwirtschaftsordnung gemachten Vorschläge für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen besteht darin, das bestehende kapitalistische Weltwirtschaftssystem zu reformieren. Also im wesentlichen eine Neuverteilung der zukünftigen, zusätzlichen Handelsgewinne und keine Umverteilung der vorhandenen Wirtschaftsmacht. Dabei bleiben seine charakteristischen Merkmale, z.B. die internationale Arbeitsteilung, erhalten. Die Vorstellung von einer „interdependent-kooperativen Weltwirtschaft“, in der die Partner sich gleichberechtigt gegenüberstehen und ihre Konflikte harmonisch lösen, entbehrt der realen Grundlage. Die Entwicklungsländer verfügen über keine ausreichende Macht, um Forderungen durchzusetzen, die keinerlei Übereinstimmung mit den Interessen des internationalen Kapitals haben. Ihre Schwäche wird vertieft durch die Neigung vieler Entwicklungsländer, wirtschaftliche Vorteile individuell anzustreben, was einen Konkurrenzkampf zwischen ihnen zur Folge hat. (...)

Diese allgemeine Kritik trifft nicht für Länder zu, deren Entwicklungspolitik bewußt auf eine größere Unabhängigkeit vom Weltmarkt abzielt sowie auf den Aufbau einer Produktion, die hauptsächlich auf die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung ausgerichtet ist.

II. Wem nützt die „Neue Weltwirtschaftsordnung“?

Die folgenden Überlegungen sehen von solchen Ländern mit fortschrittlicher Entwicklungspolitik ab und beziehen sich lediglich auf die Staaten, in denen eine parasitäre Oberschicht unangefochten die politische Macht innehat und ihre Profitinteressen verfolgen kann. (...)

Die am wenigsten entwickelten Länder (im UN-Jargon MSAC's genannt = most seriously affected countries), die von der Erhöhung der Ölpreise am schwersten betrof-

fen sind, über keine Rohstoffe verfügen und denen deshalb kaum Kredite gewährt werden, würden am wenigsten von verbesserten Handelsbeziehungen im Rahmen der Neuen Weltwirtschaftsordnung profitieren. Zwar sind besondere Hilfsmaßnahmen für solche Länder vorgesehen, doch würde eine Verwirklichung der Neuen Weltwirtschaftsordnung den Einkommensunterschied zwischen verschiedenen Dritte-Welt-Ländern sogar noch vergrößern. Eine weitere Konsequenz der Neuen Weltwirtschaftsordnung betrifft die sozialen und politischen Verhältnisse innerhalb der einzelnen Entwicklungsländer. Viele Politiker der Dritten Welt vertreten nur vordergründig die Interessen der gesamten Bevölkerung. In Wirklichkeit nehmen sie entweder direkt die Interessen der Industrieländer und insbesondere der multinationalen Konzerne wahr, denen sie ihre Machtpositionen verdanken, oder sie bewegen sich aufgrund übernommener kapitalistischer Produktions- und Konsumstrukturen in einem indirekten Abhängigkeitsverhältnis zur Entwicklung der westlichen Zentren; weil das Schicksal dieser Brückenkopfeliten eng mit dem des ausländischen Kapitals verknüpft ist, würden **grundsätzliche** Veränderungen der bestehenden Wirtschaftsbeziehungen die privilegierte Stellung dieser Oberschichten in ihren Ländern gefährden. Statt radikaler Veränderungen streben sie daher Reformen im Rahmen der Neuen Weltwirtschaftsordnung an. (...) In dem Maße, wie die bestehenden sozio-ökonomischen Beziehungen zwischen Peripherie und Zentren auf Weltebene durch die Neue Weltwirtschaftsordnung ausgebaut würden, würden sich auch die Abhängigkeitsverhältnisse zwischen lokalen Zentren und Peripherien innerhalb der Dritten Welt verfestigen. In Brasilien z.B. würden Vorzugszölle für Fertigwaren auf ein noch hektischeres industrielles Wachstum im Gebiet von Sao Paulo hinauslaufen, während andere Regionen des Landes, insbesondere der Nordosten, weiterhin lediglich als Arbeitskräftereservoir für das Subzentrum Sao Paulo dienen und in totaler Armut und Rückständigkeit verharren. Hieran zeigt sich, daß auch die Neue Weltwirtschaftsordnung an der Befriedigung der elementaren Lebensbedürfnisse der breiten Massen vorbeigeht. Inwieweit nicht doch Änderungsprozesse, die der breiten Bevölkerung nützen, durch die Neue Weltwirtschaftsordnung eingeleitet werden können, hängt davon ab, in welchem Maße es den Massen in den Peripherien gelingt, sich zu organisieren und ihre berechtigten Interessen innerhalb des jeweiligen Entwicklungslandes durchzusetzen.

III. Alternative zur „Neuen Weltwirtschaftsordnung“: Strategie der Loslösung aus dem Weltmarkt

Es ergibt sich nun die Frage: welche Alternativen können dem Konzept der Neuen Weltwirtschaftsordnung entgegengestellt werden?

Eine konsequente Alternative wäre eine Strategie der Loslösung von den Zentren wirtschaftlicher Macht. Unter diesem Sammelbegriff lassen sich einige Einzelkonzepte zusammenfassen (autozentrierte Entwicklung, self-reliance, disengagement etc.). Eindeutiges Ziel solcher Strategien ist die Befriedigung der Grundbedürfnisse der unterprivilegierten Massen. Hierzu müßten die bestehenden sozio-ökonomischen Beziehungen zu den Zentren langfristig weitgehend abgebaut und nur auf die notwendigen beschränkt werden.

Handelsbeziehungen mit den Industrieländern würden dann nur noch selektiv bestehen. Gerade auf den Empfang traditioneller Entwicklungshilfe müßte im Rahmen der Stra-

ategie der Loslösung verzichtet werden, ebenso wie auf die Durchdringung der unterentwickelten Gesellschaften mit dem Kapital und der Technologie der Industrieländer.

Stattdessen würden die Eigenkräfte mobilisiert. Hierzu gehört in erster Linie der Ausbau eines funktionsfähigen Binnenmarktes, der auf die eigenen Notwendigkeiten zugeschnitten ist und nicht nur auf Signale aus den Industrieländern reagiert. Dieser Binnenmarkt fördert vor allem Produktion und Verteilung von Gütern des Basisbedarfs auf der Grundlage der Priorität für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, während im Rahmen der Neuen Weltwirtschaftsordnung gerade umgekehrt die Exportproduktion

angereizt werden soll. Zusammen mit der Exportproduktion würden bei einer Strategie der Loslösung auch die Privilegien der Oberschichten beschnitten, deren Interesse daher verständlicherweise eher auf die Neue Weltwirtschaftsordnung zielt.

Gleichzeitig mit der Entwicklung einer eigenen Basisproduktion müßten auch die Austauschbeziehungen mit anderen, ähnlich strukturierten Entwicklungsländern ausgebaut werden, um räumlich größere Einheiten zu schaffen; eine vollständige Autarkie, wie sie von der Volksrepublik China während der Aufbauphase der 60iger Jahre verwirklicht wurde, läßt sich anderswo wohl kaum durchführen. (...)

in: beblätter des IJ3N, Juni 1976